Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER: FREIE DEMOKRATEN LEGEN GESETZENTWURF FÜR INTEGRIERTEN BACHELOR IM JURA-STUDIUM VOR

01.08.2024

- **Ohne Staatsexamen muss nicht ohne Abschluss heißen**
- **Bachelor hilft bei Bewerbungen in der Wirtschaft**
- **Vorschlag der Landesregierung lässt auf sich warten**

Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag wollen Jura-Studierenden in Hessen einen integrierten Bachelor-Abschluss ermöglichen. Dazu hat die Fraktion heute einen Gesetzentwurf (Drs. 21/922) in den Landtag eingebracht. „Jura-Studierende stehen ohne Abschluss da, wenn sie nicht zum ersten Staatsexamen antreten oder dieses nicht bestehen. Dabei haben sie zu diesem Zeitpunkt schon breite juristische Kenntnisse erlangt und Leistungen im Zivilrecht, Strafrecht und Öffentlichen Recht sowie im jeweiligen Schwerpunkt mit Prüfungen nachgewiesen“, erklärt Marion Schardt-Sauer, rechtspolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. „Das ist nach jahrelangem Studium ein Problem für die Studentinnen und Studenten, aber gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels auch eine Verschwendung von juristischer Kompetenz, die in der Wirtschaft und der Industrie hochwillkommen ist. Wer als Jurist oder Juristin keine Tätigkeit im Staatsdienst anstrebt, dem nutzt ein Bachelor-Abschluss bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz. Darüber hinaus macht der Bachelor Abschlüsse international vergleichbar und ermöglicht einen anschließenden Master-Studiengang.“

Schardt-Sauer erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass sich die Freien Demokraten schon seit vielen Jahren für den integrierten Bachelor-Abschluss aussprechen: „Der integrierte Bachelor ist überfällig und muss endlich eingeführt werden. Der amtierende Justizminister Christian Heinz ist nach Eva Kühne-Hörmann und Roman Poseck bereits die dritte Person an der Spitze des hessischen Justizministeriums, die wir

Abgerufen am 17.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=90007

Freie Demokraten in die Pflicht nehmen. Allein: Passiert ist bislang nichts, und Minister Heinz kommt entgegen seiner Ankündigung nicht in die Puschen. Ein konkreter Vorschlag der Landesregierung liegt bis heute nicht vor.“ Die Freien Demokraten wollen ihren Gesetzentwurf daher nach der Sommerpause im Landtag in erster Lesung zur Debatte stellen.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 17.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=90007